

II- 1686 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 25. Okt. 1972

No. 859/J

A n f r a g e

der Abgeordneten BRUNNER
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Auflassung von Steueraufsichtsstellen im Bundesland
Niederösterreich.

Wie die unterfertigten Abgeordneten in Erfahrung bringen konnten, sollen auf Grund eines Erlasses des Bundesministeriums für Finanzen im Bundesland Niederösterreich Steueraufsichtsstellen aufgelöst werden. Diese Maßnahme würde für die Bevölkerung in den betroffenen Orten eine Reihe von Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bringen, wie z.B. einen Mehraufwand an Geld und Zeit. Diese örtliche Konzentration würde vielfach zu Stauungen in den Zentralämtern und zu längeren Entscheidungswegen führen.

Besonders problematisch wird die Auflassung von Steueraufsichtsstellen in grenznahen Gebieten. Es hat sich gezeigt, daß mit dem Abzug von Behörden Gebiete für Wirtschaftszweige weniger interessant werden. Demgegenüber müßten gerade entlegene Gebiete aus raumordnungspolitischen Überlegungen besonders gefördert werden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1.) Ist es richtig, daß auf Grund eines Erlasses des Bundesministeriums für Finanzen Steueraufsichtsstellen im Raum Niederösterreich aufgelassen werden sollen?

- 2.) Wenn ja, welche Orte sind davon betroffen?
- 3.) Wenn ja, werden Sie danach trachten, daß in den betroffenen Orten zumindestens Amtstage bzw. Amtsstunden abgehalten werden, um der Bevölkerung einen Mehraufwand an Geld und Zeit zu ersparen?
- 4.) Wie ist diese Maßnahme mit Ihren Äußerungen in der Regierungserklärung, daß die Lebensbedingung im ländlichen Raum verbessert werden sollte, vereinbar?